

# Senegal vor den Wahlen

## Eine afrikanische Vorzeigedemokratie am Scheideweg

**Am 26. Februar 2012 wird in Senegal gewählt. Drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen ist die politische Lage in dem westafrikanischen Land so angespannt wie lange nicht mehr. Der 87-jährige Staatschef *Abdoulaye Wade* will zum dritten Mal kandidieren. Experten streiten darüber, ob die Verfassung ein drittes Mandat überhaupt zulässt. Der Opposition gelingt es nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Mittlerweile bewerben sich schon 24 Personen um das Präsidentialamt, so viele wie nie zuvor. Viele Menschen sind unzufrieden und wollen einen Wechsel an der Spitze ihrer Regierung. Bislang scheinen die Alternativen für Präsident *Wade* jedoch ohne große Erfolgsaussichten. Der Ausgang der Wahlen ist zum derzeitigen Zeitpunkt kaum vorhersehbar. Verschiedene Szenarien sind möglich.**

Senegal galt jahrzehntelang als Vorzeigedemokratie auf dem Kontinent. Es gab demokratische Machtwechsel, der Rechtsstaat existiert, und die Gewaltentrennung funktioniert in den meisten Fällen. Andererseits wachsen Korruption und Menschenrechtsverletzungen. Die wirtschaftliche Entwicklung geht nur schleppend voran, und auf dem Land leben viele Menschen noch ohne Strom, Trinkwasser, ausreichend medizinische Versorgung, Schulen und Verkehrsanbindung.

### Aktuelle politische Lage

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 wird Senegal von der liberalen Partei PDS

regiert. Staatschef *Abdoulaye Wade* ist mit seinen offiziellen 87 Jahren einer der ältesten Regierungschefs der Welt. Er wurde 2007 wiedergewählt, und die Verfassung schließt grundsätzlich ein drittes Mandat aus. *Wade* und seine Mitstreiter argumentieren hingegen, dass die neue Verfassung erst nach dem Referendum 2001 in Kraft trat, womit die Limitierung auf zwei Mandate erst 2007 begänne. Das Verfassungsgericht gab ihnen vorerst Recht. Zwischen Opposition und Regierungsmitgliedern hat die Frage um das dritte Mandat indessen eine hitzige Diskussion ausgelöst.

Viele Richter des Verfassungsgerichts, sowie die meisten Verfassungsexperten der Universität Dakar, haben in langen Diskussionen befunden, dass *Wade* nur zwei Mandate zustünden. So berief Staatspräsident *Wade* am 21. November 2011 überraschend ein Seminar von europäischen und kanadischen Juristen zur Klärung der Mandatsfrage ein: Sie kamen einhellig zu dem Schluss, dass einer dritten Kandidatur nichts im Wege stünde. Viele senegalesische Juristen und insbesondere Verfassungsrechtler weigern sich jedoch standhaft, „die Judikative der Exekutive dienlich zu machen“. Die endgültige Entscheidung des Verfassungsgerichtes wird 50 Tage von den Wahlen gefällt.

Drei Monate vor den Wahlen ist die Stimmung im Land erhitzt. Mit der Äußerung *Wades* „Ich habe es gesagt, und ich widerspreche mir jetzt“ (*Waxoon Waxeet*) kamen die Spannungen zu ihrem Höhepunkt: Er

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

ANDREA KOLB

November 2011

[www.kas.de/seneaal](http://www.kas.de/seneaal)

habe 2007 gesagt, er würde 2012 nicht mehr antreten, habe aber in der Zwischenzeit seine Meinung geändert. Dieser Ausspruch wurde zum beflügelten Wort der Opposition, der Zivilgesellschaft und der populären Rapper-Bewegung *Y en a marre* (Wir haben genug), die schon am 23. Juni 2011 von sich reden gemacht hat.

An jenem Tag im Juni waren mehrere Tausend Demonstranten vor die Nationalversammlung gezogen, um friedlich gegen ein Gesetz zu demonstrieren, das *Wade* erlaubt hätte, mit nur 25 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen wieder ins Amt gewählt zu werden. Während die Abgeordneten (selbst die 93 Prozent der Regierungskoalition waren sich uneinig) noch darüber stritten, ob der Gesetzesvorschlag angenommen werden könne, demonstrierten aufgebrauchte Bürger vor dem Parlament, unterstützt von den Rappern von *Y en a marre*, die sich musikalisch gegen die „geplante Amtskonfiszierung“ *Wades* verwenden (siehe Länderbericht vom 29. Juni 2011).

Diese Demonstration zeigte, dass die Senegalesen friedlich, aber bestimmt für die demokratische Verfassung und ihre Rechte eintreten und sogar Erfolge verzeichnen können: *Wade* nahm den Gesetzesvorschlag zurück. Dies zeugt ebenfalls von Demokratieverständnis.

Dennoch tragen viele Faktoren dazu bei, dass sich die politischen und sozialen Spannungen weiter erhöhen. Dazu gehören auch die jüngst aufgedeckten Skandale in der Land- und Bodenverwaltung. In Senegal ist alles Ackerland Staatsland und kann nicht veräußert werden. Es wird von den ländlichen Gemeinschaften (Dörfern, Landgemeinden) nach dem Nießbrauchprinzip vergeben. In einigen Landgemeinden jedoch wurde jüngst Ackerland zu Privatbesitz hoher Regierungsvertreter, Khalifen und Marabouts, den Leitern der großen muslimischen Bruderschaften. Marabouts sind in Senegal die wichtigsten Stimmenträger. In einigen Landgemeinden führten Grund- und Bodenkonflikte sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten.

Die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung wächst stetig. Die Gefahr einer Überhitzung der schon angespannten sozialen und politischen Lage ist reell. In den europäischen und amerikanischen Botschaften werden Krisenstäbe und Krisenmanagementkomitees gegründet, die Presse bauscht jeden Konflikt als negatives Vorzeichen für eine von Gewalttaten geprägte Wahlperiode auf.

Seit der Unabhängigkeit hat Senegal keinen Staatsstreich erlebt, keine ethnischen oder religiösen Unruhen und keinen Bürgerkrieg – abgesehen von dem Separatistenkonflikt im südlichen Landesteil Casamance, der durch die Enklave Gambia vom Rest des Landes abgetrennt ist. Wahlperioden liefen in Senegal meist gewaltfrei ab. Ausnahmen waren die Wahlen 1988, als *Wade* den Wahlsieg Dioufs nicht akzeptierte und sich mehrere Wochen lang Straßenkämpfe in den größeren Städten des Landes abspielten. Ebenfalls die Wahlen 1993 waren von Gewalttaten geprägt, insbesondere im Jahr nach den Wahlen.

2012 steht unter ungünstigen Vorzeichen. Die Bevölkerung Senegals ist teilweise verarmt, viele Menschen fühlen sich von der Regierung nicht ernst genommen. Opposition und Intellektuelle aus der Zivilgesellschaft haben vor zwei Jahren eine umfassende Volksbefragung zu allen brennenden Fragen durchgeführt und eine Alternativverfassung entworfen, die mehr Demokratie an der Basis, soziale Gerechtigkeit und alle demokratischen Prinzipien garantieren soll. Aus dieser Bewegung wird deutlich, dass ein mehr oder weniger großer Teil der Bevölkerung nicht mehr hinter der Regierung steht.

In den letzten Wahlperioden hatte das Innenministerium regelmäßig die internationalen Organisationen um Unterstützung bei der Wählermobilisierung gebeten. Dieses Jahr ist dies nicht der Fall. Das vormalig mit der Wahlorganisation betraute Innenministerium gab diese Aufgabe an das extra hierfür geschaffene Wahlministerium ab, dem der ehemalige Leiter der Wahlabteilung, *Cheikh Gueye*, vorsteht. Damit wollte die

Regierung von vornherein die Vorwürfe der Oppositionspolitiker entkräften, der Innenminister *Ousmane Ngom* wolle die Wahlen im Vorfeld manipulieren. Die eigentlich mit der Wahlorganisation betraute unabhängige Wahlkommission (CENA) hat keine reellen Befugnisse. Dem *Wade* nahestehenden Justizminister *Cheikh Tidiane Sy* wird Mangel an Unabhängigkeit der Justiz vorgeworfen.

Die finanzielle Ausgangsbasis für den Wahlkampf ist von großen Unterschieden geprägt: Während die PDS als größte und staatstragende Partei über enorme finanzielle Mittel verfügt und von der Opposition und manchen Medien bezichtigt wird, auch Staatsmittel für mehr oder weniger verdeckte Wahlkampfzwecke zu verwenden, leben die anderen Parteien von den geringen Beiträgen der Mitglieder und Spender oder vom Vermögen ihrer Vorsitzenden. Zwar erhalten alle Kandidaten im öffentlichen Fernsehen pro Abend genau die gleiche Sendezeit, jedoch wird der Wahlkampf nicht nur im Fernsehen betrieben. Eine öffentliche Parteienfinanzierung gibt es noch nicht.

#### Politische Parteien und Kandidaten

Die liberale Regierung hat sich in den letzten Jahren in vieler Hinsicht unglaubwürdig und unbeliebt gemacht: Abgesehen von den Land- und Bodenskandalen ist ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht in Sicht, große Teile der Bevölkerung verarmen zusehens. Die Unzufriedenheit äußert sich in teilweise gewaltsamen Demonstrationen, die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Angesichts dieser Faktoren stehen *Wades* Chancen auf einen Wahlsieg eigentlich schlecht. Aber er hat kaum einen erfolgversprechenden Gegenkandidaten.

Bislang haben 23 Kandidaten und eine Kandidatin vor, zu den Wahlen anzutreten. Davon haben jedoch nur drei bis fünf eine Chance, die Ein-Prozent-Hürde zu überwinden. Es gibt auf dem Papier 176 Parteien, aber nur ein Bruchteil der Kandidaten gehört einer ernstzunehmenden Partei an.

Wenn bei der letzten Präsidentschaftswahl „nur“ 15 Kandidaten ihr Handtuch in den Ring geworfen haben, haben sich jetzt fast doppelt so viele angekündigt.

#### Kandidaten aus der Zivilgesellschaft

Der Großteil kommt aus der Zivilgesellschaft und hat, außer in einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, keine politische Basis und keine politische Erfahrung. So beispielsweise der ehemalige internationale Funktionär und senegalesische Minister der 1970er Jahre *Ibrahima Fall*, ein glänzender Universitätsprofessor, jedoch ein politisch gänzlich unbeschriebenes Blatt. Oder die senegalesische Juristin *Amsatou Sow Sidibé*, die das Universitätsinstitut für Menschenrechte leitet. Sie war mehrmals bei Regierungskonsultationen in den Präsidentschaftspalast bestellt, aber nie zur Ministerin ernannt worden. Beobachter vermuten, dass ihre Präsidentschaftskandidatur ein Sprungbrett zu einer Ministerialkarriere sein könnte.

Es stellt sich die Frage, wie die nicht unbedingt hochbegüterten Kandidaten die rund 135.000 Euro Kautionsaufbringen, die für eine Kandidatur erforderlich ist. Diese wird auch nur dann zurückgezahlt, wenn der Kandidat mehr als fünf Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht. Fest steht, dass der senegalesische Staat bei der hohen Kandidatenanzahl der Gewinner ist, denn mehr als 2,5 Millionen Euro Kautions sind ein recht gutes Grundkapital für die Wahlorganisation. Regimekritiker befürchten, dass diese Mittel darüber hinaus für den Stimmenkauf im Vorfeld der Wahlen eingesetzt werden könnten.

#### *Benno siggil Senegal*

Das Oppositionskollektiv *Benno siggil Senegal* (auf Wolof: gemeinsam für einen aufrechten Senegal) besteht aus der sozialistischen Partei, einigen ihrer Tochterparteien (die sich vor den letzten Wahlen von ihr abgespalten hatten) und wenigen kommunistischen Parteien. Das Kollektiv ist zutiefst gespalten und hat sich bislang auf keinen

**SENEGAL**

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE  
ANDREA KOLB

November 2011

[www.kas.de/seneaal](http://www.kas.de/seneaal)

gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Während dessen kleine Mitglieder einen Konsenskandidaten wünschen, bestehen die PS (Parti Socialiste) und die AFP (Alliance des Forces de Progrès) darauf, dass ihr Vorsitzender zum Einheitskandidaten gekürt wird. Die AFP hatte sich kurz vor den Wahlen 2000 von der PS gelöst und maßgeblich zum Sieg der PDS und *Wades* beigetragen. Das wurde ihnen von der PS nie verziehen. Wenn jetzt ein offener Konflikt zwischen dem PS-Führer *Ousmane Tanor Dieng* und dem „Königsmacher *Wades*“ und Vorsitzenden der AFP, *Moustapha Niasse*, ausgebrochen ist, reflektiert dieser deutlich den unüberwindbaren Graben zwischen den Parteien.

*Tanor Dieng* war lange Zeit Premierminister des zweiten Präsidenten Senegals, Abdou Diouf, und hat den Wahlsieg *Wades* nie verwunden. Als nicht charismatischer Parteichef fehlt ihm die Nähe zur Basis. Der Glanz von volksnäheren PS-Politikern überschattet sein Wirken, wie der des Dakarer Bürgermeisters *Khalifa Sall* oder des Parteisprechers *Abdoulaye Willane*.

*Moustapha Niasse* war der erste Premierminister der Regierung *Wade* von 2000 bis 2001, bis er wegen politischer Divergenzen mitsamt seinen Ministern von *Wade* aus der Regierung entlassen wurde. *Niasse* gilt als seriöser und finanzschwerer Politiker, der nicht von der Politik lebt (anders als zahlreiche andere senegalesische Berufspolitiker), sondern von seinen Aktivitäten als erfolgreicher Geschäftsmann vor allem mit arabischen Ölstaaten. Als nunmehr auch über Siebzigjähriger wollte er eigentlich kein politisches Amt mehr anstreben. Er ist aber für viele Mitglieder von *Benno siggil Senegal* die einzige überzeugende Alternative zu *Tanor Dieng*. *Niasse* hat den Vorteil, dass er volksnah und charismatisch nicht nur die muslimische Bevölkerungsmehrheit anspricht, sondern auch besonders die Christen. Diese fühlen sich bei seiner konzilianteren und offeneren Art besser aufgehoben als bei vielen anderen Politikern, die nicht selten die Religion als Wahlargument anführen und die Christen damit verunsichern. *Niasse*

bekannt offen, dass er „das Ave Maria betet“ – für viele Christen (über 5 Prozent der Bevölkerung) fast eine Wahlaufforderung.

**Die Regierungspartei PDS**

Die Vielzahl der Gegenkandidaten und die schwache Vertretung der Oppositionsparteien in den entlegenen Landesteilen lassen auf einen erneuten Wahlsieg *Wades* spekulieren. Allerdings könnte die Wählerschaft der Hauptstadtregion Dakar das Zünglein an der Waage sein, sollte es knapp werden. Die Wähler von Dakar bestehen unter anderem aus enttäuschten und frustrierten Jungwählern und zahlreichen arbeitslosen Schul- oder Hochschulabsolventen, die sich eher in der *Y en a marre*-Generation wiederfinden als in den Persönlichkeiten der altgedienten Politiker.

Die PDS, seit 2000 staatstragende Partei, scheint den gleichen Weg wie die vormals allmächtige PS zu beschreiten.

**Idrissa Seck**

So hat der vom Präsidenten zunächst gehätschelte, dann verfluchte ehemalige Premierminister *Idrissa Seck*, Wirtschaftswissenschaftler, Bürgermeister von Thies und langjähriger Mitstreiter *Wades*, 2005 eine eigene, offiziell aber noch nicht anerkannte Partei gegründet, *Rewmi* (wolof: das Land). Die Wählerschaft von *Idrissa Seck* beschränkt sich vor allem auf die Region Thies und einige Regionalstädte, wird aber auch in Dakar immer stärker.

**Macky Sall**

Ebenfalls der ihm nachgefolgte Premierminister, der diplomierte Geologe und Bürgermeister von Fatick, *Macky Sall*, gründete nach seinem Absturz eine eigene Partei, die *APR* (*Alliance pour la République*). Die Wählerschaft von *Macky Sall* stammt vorwiegend aus Fatick und der Region um den Senegalfluss. Er hat viele Toucouleur (Ethnie am Senegalfluss) hinter sich, was auf die latente Gefahr einer ethnisch ausgerichteten Partei hinweisen könnte.

Diese beiden langjährigen Mitglieder der PDS, die im Laufe ihres Premierministeramtes Präsidialambitionen geäußert hatten, sind zwei ernstzunehmende Konkurrenten von *Wade*.

### *Karim Wade*

Neben ihnen macht sich auch *Karim Wade*, der Sohn des Präsidenten, Aussichten auf das höchste Amt der Republik. Er hatte bei den Kommunalwahlen 2009 einen erfolglosen Anlauf in die Lokalpolitik gestartet und scheiterte in seinem Wahlkreis, dem Dakarer Viertel Point E, das in die Hand der Opposition fiel, wie die meisten anderen Wahlkreise Dakars auch. *Wade* hatte seinem Sohn schon zwei Jahre zuvor die Organisation des Weltislamgipfels in Dakar übertragen, in dessen Rahmen er verschiedene Erneuerungsarbeiten in Dakar vornahm und damit herbe Kritik wegen Verschwendung von Staatsgeldern erntete. Als der damalige Parlamentspräsident *Macky Sall* von *Karim Wade* Rechenschaft vor dem Parlament verlangte, und dies erfolglos, wurde *Sall* seines Amtes enthoben.

Präsident *Wade* übertrug seinem Sohn nach seiner Wahlschlappe 2009 das neu geschaffene Superministerium für Transport, Energie und die Beziehungen zu den nah- und fernasiatischen Staaten, und damit eines der finanzschwersten Ressorts, das in die Bereiche anderer Ministerien eingriff. Die Kritik an *Karim Wade* wurde immer lauter, besonders, nachdem sich die Energiekrise verschlimmerte. Die ständigen Stromausfälle führten vor allem in den populären Vierteln Dakars immer wieder zu gewaltsamen Demonstrationen, im Laufe derer Autos, Geschäfte und Stromagenturen abgebrannt wurden. Sogar Imams beteiligten sich an den Protesten und übernahmen teilweise die Rolle der Sprecher der Demonstranten.

Die Tatsache, dass die Stromausfälle nach der Sommerpause seltener geworden sind, geht sicher darauf zurück, dass durch das Energieministerium der Takkal-Plan (auf Wolof: erleuchten) umgesetzt wird, der das Problem auf Dauer lösen soll. Von vielen

wird allerdings gemutmaßt, dass die verbesserte Stromversorgung nur bis zu den Wahlen im Februar anhalten wird.

### Szenarien des Wahlausgangs

Folgende Szenarien sind am wahrscheinlichsten:

#### Szenario 1

Wenn *Wade* rechtmäßig die Wahlen gewinnt, wird es vermutlich ruhig bleiben, obgleich in einigen Regionalstädten Unruhen ausbrechen können, wie in Thies, Fatick, Kedougou oder Ziguinchor. Was kommt jedoch danach? *Wade* würde eventuell seine Amtszeit allein physisch nicht mehr durchstehen können. Deshalb würde er von Anfang an seinem nicht verhehlten Plan weiterarbeiten: seiner Ablösung durch seinen Sohn. Diese Option ist jedoch ein rotes Tuch für fast alle Senegalesen. Immer wieder hört man in den Medien, dass Senegal nicht Togo oder Kongo sei, dass ein dynastisches Nachfolgemodell in einer Demokratie undenkbar sei. Dass *Karim Wade* eine Art Unterpartei in der PDS gegründet hat („Génération du concret“), hat ihm in dieser Hinsicht bisher nicht zu mehr Zustimmung verholfen.

Deshalb versucht *Wade, Karim* den offiziellen Gang durch die Institutionen gehen zu lassen. Seine Bürgermeisterkandidatur ist gescheitert. Nun wird vermutlich der Versuch gestartet, ihn als Senator in den Senatsvorstand und später zum Senatspräsidenten wählen zu lassen – den Präsidentenvertreter im Falle einer Verhinderung.

Dieses Szenario würde beim Ableben oder bei schwerer Erkrankung des Präsidenten verfassungsgemäß zur Nachfolge des Sohnes führen. Und damit wäre vermutlich einer Reihe von Gewalttaten Tür und Tor geöffnet, denn die senegalesische Bevölkerung hat am 23. Juni festgestellt, dass ihre Stimme auch außerhalb der Wahlen ein Resultat zeitigen kann. Vermutlich würde sich der gesamte Frust der Bevölkerung

mindestens auf den Anhängern der PDS entladen.

### Szenario 2

Wenn *Wade* vorgeworfen würde, unrechtmäßig die Wahlen gewonnen zu haben, könnte es direkt nach seiner Wiederwahl zu Gewalthandlungen kommen. Nicht nur viele Intellektuelle und junge Wähler sind der Ansicht, dass eine Neukandidatur und eine Wiederwahl laut Verfassung nicht erfolgen darf. Auch in anderen Teilen der Bevölkerung hat sich eine *Wade*-Überdrüssigkeit breit gemacht sowie die Überzeugung, dass *Wade* eigentlich nur durch Manipulation und Wahlbetrug gewinnen könnte. Diese Meinung wird schon jetzt durch zahlreiche Oppositionspolitiker vertreten. Angezweifelt werden die kürzlich vorgenommene Aktualisierung des Wählerregisters sowie die Unparteilichkeit des neuen Wahlministers und von manchen Behördenvertretern auf lokaler Ebene, denen Nähe zur Regierungspartei vorgeworfen wird. Viele potentielle Jungwähler konnten sich nicht einschreiben, weil sie ihren Personalausweis nicht rechtzeitig ausgehändigt bekamen, andere Wähler fanden sich im Wahlregister nicht wieder. Angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung und den von Opposition und manchen Medien vorgetragenen Befürchtungen hinsichtlich eventueller Wahlmanipulationen sind die Befürchtungen vor Unruhen nicht von der Hand zu weisen.

### Szenario 3

Ein weiteres, wenn auch zum aktuellen Zeitpunkt nicht sehr plausibles Szenario ist der Sieg eines Kandidaten von dem Oppositionsbündnis *Benno siggil Senegal* im zweiten Wahlgang. Es ist relativ unwahrscheinlich, dass einer der Oppositionskandidaten im ersten Wahlgang mehr als 50 Prozent erringt. Im zweiten Wahlgang jedoch ist durch die Stimmübertragung durchaus denkbar, dass *Wade* besiegt wird.

Für den Fall, dass *Idrissa Seck* oder *Macky Sall* die Wahlen gewinnen, oder gar ein noch nicht gefundener Konsenskandidat von *Ben-*

*no siggil Senegal*, ist schwer einzuschätzen, was geschieht. Vorstellbar ist eine gewaltsame Reaktion von PDS-Anhängern gegen das Wahlergebnis, denn viele Verantwortungsträger dieser Partei befürchten – vielleicht zu Recht – eine „Hexenjagd“ nach ihrem Machtverlust und ebenfalls den Verlust ihrer Pfründe.

### Szenario 3a

*Idrissa Seck* ist offiziell jedoch gar nicht aus der PDS ausgetreten. Damit kann er an und für sich gar nicht als Gegenkandidat zu *Wade* antreten – jedoch wurde er in einem nicht ratifizierten Beschluss des Parteipräsidiums vor drei Monaten aus der Partei ausgeschlossen. Er fühlt sich immer noch als PDS-Mitglied und tritt mit dem Anspruch an, die Interessen eines Großteils der PDS-Mitglieder zu vertreten. Sein Wahlsieg könnte eventuell sogar beschwichtigend wirken. Viele Wähler würden vermutlich erleichtert sein, denn *Idrissa Seck* steht nicht offiziell in Opposition zur PDS, jedoch zur Kandidatur *Wades*. Eventuell könnte es nach seinem Wahlsieg zu einer strafrechtlichen Verfolgung der PDS-Führungsriege kommen, die für diverse Wirtschafts- und politische Fehler zur Rechenschaft gezogen würden. Andererseits ist *Idrissa Seck* der Familie *Wade* stark verbunden und bietet eine relative Garantie einer Straffreiheit zumindest für den engeren Familienkreis *Wades*. Als erfahrener Politiker und Diplomat wird er vermutlich keine Gewalt oder politische Justiz befürworten, sondern die Politiker der anderen PDS-Faktionen in seine neuen Regierungsstrukturen zu integrieren versuchen.

### Szenario 3b

Anders wäre es vermutlich bei einem Wahlsieg *Macky Salls* oder eines potentiellen Konsenskandidaten von *Benno siggil Senegal*. Ihr Zorn auf das herrschende Regime ist derart ausgeprägt, dass sie vermutlich alles daran setzen würden, die Machthaber des PDS-Regimes wegen politischer und wirtschaftlicher Verbrechen abzuurteilen. Ob sie es schaffen würden, die jahrzehntelang

gelebten und verkrusteten Denk- und Handlungsstrukturen des Landes aufzubrechen, sei dahin gestellt. Auch bei ihnen besteht die Gefahr, dass sie sich langfristig auf inoffizielle Herrschaftsstrukturen durch religiöse Würdenträger stützen. Aber denkbar ist auch eine größere Demokratisierung an der Basis, da die Bevölkerung dann davon überzeugt wäre, dass ihre Wahlkarte Gewicht hat und sie konkret politisch etwas bewirken kann.

Hoffnung geben die für Juni anberaumten Parlamentswahlen. Wenn *Wade* als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgehen sollte, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Parlamentswahlen einen Durchbruch für die Opposition bieten könnten - wenn sie nicht wieder von den maßgeblichen Oppositionsparteien boykottiert werden sollten, wie schon nach den Präsidentschaftswahlen 2007; seither haben die größten Oppositionsparteien keine öffentliche Tribüne. Ein erneuter Boykott ist daher eher unwahrscheinlich. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Oppositionsparteien im Juni genügend Wähler mobilisieren können, was ihnen erlauben würde, ein akzeptables Gegengewicht im Parlament zu bilden.

### Fazit

Der erfolgreiche Weg der senegalesischen Demokratie hat in den letzten Jahren Rückschritte erfahren. Der Regierung wird ein zunehmend autoritärer und Macht erhaltender Regierungsstil vorgeworfen. Die Menschen haben ihrerseits Verantwortungsbewusstsein und Sinn für Demokratie entwickelt und fordern demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aktiv von ihrer Regierung ein. Das werden sie auch im Februar 2012 tun.

Wenn *Wade* nicht kandidieren würde, wären die Weichen für eine demokratische Entwicklung gestellt und die Liberalen *Idrissa Seck* und *Macky Sall* könnten sich strategisch besser auf die Wahlen vorbereiten; das Problem der Regierungspartei ist, dass sie keinen akzeptablen Nachfolger für *Wade*

aufgebaut hat. Für einen Rückzug *Wades* spricht derzeit jedoch wenig.

Zu hoffen bleibt vor allem, dass die Wahlen gewaltfrei ablaufen und es auch im Nachgang nicht zu anhaltenden Ausschreitungen wie in der Côte d'Ivoire kommt. Die Auswirkungen auch auf die Nachbarländer wären in diesem Fall verheerend. Senegal war bislang ein Stabilitätsfaktor für die ganze Region. Bei einer Krise wird Senegal kaum auf Hilfe der Nachbarländer oder auf den Sicherheitsmechanismus der westafrikanischen Gemeinschaft (ECOWAS/ECOMOG) setzen können. Denn insbesondere in den Grenzgebieten sind die länderübergreifenden, vor allem wirtschaftlichen Beziehungen so stark, dass sich eine militärische Intervention negativ auf die Anrainerstaaten auswirken würde.

Bei eventuellen Ausschreitungen würde den senegalesischen Streitkräften eine Schlüsselrolle zukommen. Sie könnten die Gewalt eindämmen und den gewählten Präsidenten schützen, oder aber selbst die Macht ergreifen.

Zu hoffen ist, dass Regierung, Parlament, Wähler, Kandidaten und Streitkräfte bereit sind, Verantwortung für ihr Land zu übernehmen. Faire und friedliche Wahlen liegen im Interesse aller Beteiligten. Die Wahlen im Februar sind ein Lackmustest der senegalesischen Demokratie: An ihnen wird sich zeigen, ob Senegal den Herausforderungen einer Demokratie standhalten kann.